



Nr. 37

15. November 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Europäischer Abend

[Hemsing: Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden](#)

Bund

[Novellierung des Laufbahnrechts: Weiterer Handlungsbedarf](#)

dbb frauen

[Hauptversammlung: Neue Chancen durch New Work](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

[Kürzung bei der Besoldung: Vertrauen in die Regierung ist weg](#)

Schleswig-Holstein

[dbb Landesvorstand befasst sich mit Beihilfe](#)

Hamburg

[dbb hamburg trauert um Rudolf Klüver](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Digitalpakt 2.0: Digitalisierung der Schulen noch vor Neuwahlen klären](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Verlängerung des Gesetzes über Telekommunikationsüberwachung begrüßt](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Liebel forderte erneut „Sicherheitsmilliarde“ für den Zoll](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Europäischer Abend

Hemsing: Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden

Leitlinien der Bundesrepublik müssen auch nach der Wahl die Weiterentwicklung der Europäischen Union sowie die transatlantische Partnerschaft sein, fordert der dbb.

„Die transatlantischen Beziehungen werden für Deutschland wie auch für die Europäische Union von grundlegender Bedeutung bleiben. Daher wird es unverzichtbar sein, den Dialog mit der kommenden US-Administration zu führen, auch wenn ein rauerer Wind aus Washington wehen sollte. Deutschland muss dabei seiner Verantwortung gerecht werden und trotz des heraufziehenden Wahlkampfs parteiübergreifend klare Signale an alle Partner senden: Gemeinsam wollen wir Demokratie und Rechtsstaat verteidigen“, sagte dbb Vize Andreas Hemsing beim 34. Europäischen Abend zum Thema „USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung“ am 12. November 2024.

Klare Signale bräuchten auch die Bürgerinnen und Bürger, so Hemsing weiter: „Die Verunsicherung der Menschen spüren wir im öffentlichen Dienst sehr schnell, denn unsere Kolleginnen und Kollegen stehen tagtäglich im Kontakt mit ihnen. Verunsicherung aber ist Gift für die liberale Demokratie und die Abwehrkräfte gegen Populismus, der unsere rechtsstaatlichen Grundsätze porös werden lässt. Auch deshalb sind eine stabile europäisch-atlantische Ordnung und die Absicherung gegen eine autoritäre Umformung unserer Gesellschaft für uns im öffentlichen Dienst von allergrößter Bedeutung.“

Einen vollständigen Bericht des 34. Europäischen Abends gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Bund

Novellierung des Laufbahnrechts: Weiterer Handlungsbedarf

Der Bund plant eine Novellierung der Bundeslaufbahnverordnung. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung müssen dabei als Grundsätze erhalten bleiben, fordert der dbb.

Am 13. November 2024 fand im Bundesinnenministerium (BMI) eine Anhörung zur geplanten Novellierung der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) statt. Für den dbb nahm der Zweite Vorsitzende Waldemar Dombrowski teil.

Eine Novelle der BLV war unter anderem notwendig geworden, um Vorgaben der Rechtsprechung umzusetzen. Der Bund will darüber hinaus eine weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts erreichen, insbesondere die Absenkung der Voraussetzungen für den Zugang zum berufspraktischen Aufstiegsverfahren „fachspezifische Qualifizierung“. In den Laufbahnen des technischen gehobenen Verwaltungsdienstes sowie des naturwissenschaftlichen gehobenen Dienstes soll ein Sonderzugang für Personen mit den beruflichen Fortbildungsabschlüssen „Bachelor Professional“ oder „Master Professional“ geschaffen werden, wenn zusätzliche Zeiten adäquater beruflicher Erfahrung vorliegen.

Dombrowski betonte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des wachsenden Fachkräftemangels, dass der Bund durch die Weiterentwicklung und Modernisierung des Laufbahnrechts für Fachkräfte als attraktiver, zukunftssicherer und vielseitiger Dienstherr wahrgenommen werden müsse. Dabei hob er allerdings deutlich hervor: „Die Beachtung der Grundsätze Eignung, Leistung und Befähigung muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Insofern erteilten wir etwa den geplanten Einschränkungen bei der Stellenausschreibungspflicht eine klare Absage. Insbesondere die beabsichtigte Abkehr von den bislang abschließend formulierten Ausnahmen beinhaltet faktisch einen Freifahrtschein, der das verfassungsmäßig verankerte Gebot der öffentlichen Ausschreibungspflicht regelrecht konterkariert.“ Zudem merkte der dbb Vize an, dass mit der geplanten Novelle nur wenig Verbesserungen für das Bestandspersonal verbunden seien: „Da gibt es weiter Handlungsbedarf. Wir fordern beispielsweise eine bessere Durchlässigkeit der einzelnen Laufbahngruppen.“

Begleitet wurde Dombrowski von Vertretern der Fachgewerkschaften im dbb: Imke von Bornstaedt-Küpper (Verband der Beamten und

Beschäftigten der Bundeswehr VBB) und Thomas Liebel (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ).

dbb frauen

Hauptversammlung: Neue Chancen durch New Work

Auf ihrer Tagung in Wiesbaden tauschten sich die dbb frauen mit Vertreterinnen und Vertretern der hessischen Landesregierung aus.

„New Work, das bedeutet Selbstbestimmung, Sinnstiftung und Agilität“, betonte Milanie Kreuz, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 14. November 2024 auf der Hauptversammlung der dbb frauen in Wiesbaden. „Damit die Frauen den vollen Nutzen aus New Work ziehen können, müssen mehrere Mechanismen greifen“, erklärte Kreuz. New Work sei mehr, als den Beschäftigten einen Laptop mit nach Hause zu geben. Kreuz forderte ein generelles Umdenken bei der Arbeitszeit: „Arbeitgebende müssen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit ermöglichen. Wir müssen weg vom Dogma der Präsenzpflicht, in dem Arbeitszeit einen höheren Stellenwert als die eigentliche Arbeitsqualität hat.“ Die dbb frauen Chefin appellierte, zügig zu handeln. „Die Technik ist da und der Bedarf ist da. Jetzt brauchen wir sinnvolle Rahmenbedingungen von der Politik und Umsetzungswillen von den Arbeitgebenden.“

Darüber hinaus erleichtert New Work Frauen den Zugang zu Führungspositionen. Kreuz weiter: „Führen gelingt auch in Teilzeit, als Topsharing oder remote. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie Frauen Führung übernehmen können.“ Da Frauen den Großteil der Sorgearbeit verrichten und dadurch häufiger Schwierigkeiten haben, Familie und Karriere miteinander zu vereinbaren, profitieren gerade sie von der neuen Flexibilität. Bei all den

neuen Chancen dürfen jedoch nicht die zugrundeliegenden Probleme aus dem Sichtfeld geraten. „Die Frage, wie Familie und Karriere miteinander vereinbar sind, darf kein primäres Frauenthema mehr sein. Wir müssen grundsätzliche Probleme wie die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit ebenfalls anpacken, um langfristige und strukturelle Veränderungen zu erzielen“, machte Kreuz deutlich.

Heike Hofmann, hessische Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, machte deutlich: „Wir alle sind mit einer Arbeitswelt konfrontiert, die sich ständig wandelt. Digitalisierung und Fachkräftemangel sind Herausforderungen, die nur mit nachhaltiger und gleichstellungsorientierter Personalpolitik zu stemmen sind. Noch immer bleibt ein großes Potenzial hervorragend qualifizierter Frauen unberücksichtigt. Wir brauchen einen Wandel in unserer Arbeitskultur, das heißt, noch mehr Arbeitszeitmodelle, damit Frauen und Männer gleichermaßen Zeit für die Familie haben, außerdem teilende Führung und Teilzeitführung. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Gleichstellung in der Berufswelt tragen den aktuellen Entwicklungen Rechnung. Wir als Landesregierung setzen uns intensiv dafür ein, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung zu erhöhen. Den dbb frauen danke ich persönlich für ihr Engagement im Interesse der weiblichen Beschäftigten.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen

Kürzung bei der Besoldung: Vertrauen in die Regierung ist weg

Die Landesregierung hat angekündigt, dass die eigentlich schon beschlossene Erhöhung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten nicht kommt. Der dbb Hessen ist fassungslos.

Selbst verabschiedete Gesetze zur Übertragung von Tarifergebnissen seien offensichtlich nicht mehr belastbar, stellte der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt am 12. November 2024 fest: „Worauf sollen sich die hessischen Beamtinnen und Beamten bei dieser Landesregierung überhaupt noch verlassen können? Wie sollen wir noch für Vertrauen in diese Landesregierung werben können, ohne unsere eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren?“

Erste Reaktionen aus der Beamtenschaft seien deutlich. Schmitt: „Stinksauer sind die Beamten, wütend sind sie, das ist den bereits jetzt schon zahlreichen Reaktionen in unsere Richtung zu entnehmen. Dabei wurden zu Beginn der schwarz-roten Landesregierung massiv Ausgaben beschlossen, die jedoch nun nicht zur Disposition stehen. Etwa ein weiteres Ministerium, weitere hoch dotierte Posten, eine Milliardenbürgschaft für die Helaba oder das Hessengeld.“

Mit der Entscheidung werde das Vertrauen in die politische Zusammenarbeit zutiefst erschüttert. Bislang galt unumstößlich, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

„Dies mit einer solchen Entscheidung nachträglich infrage zu stellen, auch wenn es sich vermeintlich ‚nur‘ um eine Verschiebung um vier Monate handelt, wird seitens der Beamtenschaft geradezu als eklatanter Wortbruch wahrgenommen“, so Schmitt.

Der dbb Landeschef wirft den Regierungen schwere Versäumnisse vor: „Seit 2015 haben wir die Landesregierung darauf hingewiesen, Rücklagen zu bilden, um die Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung finanzieren zu können. Schon aufgrund dieser Umstände ist diese Ankündigung ein Hammer. Spätestens nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel vom 30. November 2021 war dies völlig klar und absehbar.“

Nun solle erneut auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten Haushaltskonsolidierung betrieben werden, indem man die bereits für August 2025 gesetzlich beschlossene Anpassung der Besoldung verschiebt. Damit sollten 180 Millionen Euro eingespart werden. Schmitt: „Wer so mit den Bediensteten umgeht, die diesen Staat am Laufen halten und letztlich für den Erhalt unserer Demokratie einstehen, setzt ein fatales Signal.“

Schleswig-Holstein

dbb Landesvorstand befasst sich mit Beihilfe

Die Beihilfe ist als hochwertige Fürsorgeleitung zugunsten der Beamtinnen und Beamten konzipiert, die mit der ausgeprägten Treuepflicht dieser Statusgruppe korrespondiert. Doch es gibt Situationen und Entwicklungen, die ein ausgewogenes Verhältnis ins Wanken geraten lassen. Der dbb Landesvorstand führt zwei aktuelle Beispiele an.

Geradezu unfassbar sind in der Praxis auftretende Probleme, wenn Beihilfeberechtigte an Blutkrebs erkranken, teilte der dbb Landesbund am 13. November 2024 mit. Die dringend erforderliche Suche nach geeigneten Stammzellenspenden sei nämlich in Schleswig-Holstein nicht eindeutig beihilfefähig. Betroffene seien darauf angewiesen, dass von einer Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht wird. Aus dbb-Sicht dürfe es keine Zweifel geben, dass

in einer solchen belastenden und lebensbedrohlichen Situation die notwendigen Maßnahmen finanziell abgesichert sind. Deshalb sei eine Korrektur der Beihilferegelungen unerlässlich, zumal gesetzlich Krankenversicherte diesen Hürden grundsätzlich nicht ausgesetzt sind.

Der dbb Landesvorstand nahm diese Thematik auch zum Anlass, auf die Bedeutung von Stammzellenspenden hinzuweisen, die für alle

an Blutkrebs Erkrankten lebenswichtig sind. Der Appell des Gremiums: „Registrieren Sie sich bei der DKMS als Spenderin oder Spender! Damit erhöhen Sie die Wahrscheinlichkeit, dass für Patientinnen und Patienten passende Stammzellen gefunden werden.“

Sorgen bereitet dem dbb sh auch das Vorhaben der Landesregierung, zum Zweck von Haushaltseinsparungen 6,6 Millionen Euro bei der Beihilfe einzusparen, indem der Selbstbehalt erhöht wird. Das wäre nach Überzeugung

des dbb nicht nur ein falsches Signal, sondern eine erneut rechtlich bedenkliche Maßnahme zum Nachteil der Beamtinnen und Beamten. Der dbb sh hat deshalb den Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine entsprechende Stellungnahme zukommen lassen und fordert, im Zuge der Haushaltsberatungen davon abzusehen. In der Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz wird darüber hinaus unter anderem auf die ebenfalls kritikwürdige Aussetzung der Zuführungen zum Versorgungsfonds eingegangen.

Hamburg

dbb hamburg trauert um Rudolf Klüver

Der dbb hamburg trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Rudi Klüver, der in dieser Woche verstorben ist.

Rudi Klüver war viele Jahre in der kombi-gewerkschaft hamburg und als freigestelltes Personalratsmitglied im Bezirksamt Wandsbek aktiv, bevor er im Jahr 2005 zum Vorsitzenden des dbb hamburg gewählt wurde. Dieses Amt füllte er bis zum Eintritt in den Ruhestand im Mai 2023 mit Herzblut und großer Leidenschaft aus. Rudi Klüver wurde im Mai 2023 zum Ehrenvorsitzenden des dbb hamburg gewählt, um seinen Einsatz für die Gewerkschaft und die Kolleginnen und Kollegen zu würdigen. Neben dieser Tätigkeit in Hamburg engagierte sich Rudi Klüver auch auf der Bundesebene des dbb, er erhielt dafür im Juni 2023 die „Silberne Ehrennadel des dbb“, in Anerkennung seiner Leistungen. Der dbb hamburg wird Rudi Klüver ein ehrendes Andenken bewahren.

Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, würdigt die Verdienste von Rudolf Klüver: „Die Nachricht vom Tod von Rudi Klüver hat uns stark getroffen, unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich kannte Rudi Klüver seit rund 25 Jahren und habe ihn immer dafür bewundert, wie er den dbb hamburg auch in schwierigen Zeiten geführt und nach vorn gebracht hat. Er hat die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im hamburgischen öffentlichen Dienst

und darüber hinaus mit Hingabe und hohem Einsatz vertreten. Legendär waren seine Auftritte auf Personalversammlungen und Demonstrationen, wo er es sehr schnell verstand, die Herzen der Teilnehmenden zu erreichen.

Das ist ihm so gut gelungen, weil Rudi Klüver ein Mensch war, der seiner Umwelt und seinen Mitmenschen immer offen und ehrlich und mit großer Herzlichkeit gegenübergetreten ist. Dabei hat er nie Unterschiede zwischen den Menschen gemacht. Er hat mit Bürgermeistern so gesprochen, wie er es auch mit Kolleginnen und Kollegen gemacht hat. Zu taktieren war nicht sein Ding, durch seine gradlinige Art wusste man bei ihm immer, woran man war. Das haben viele Kolleginnen und Kollegen und auch Verhandlungspartner in der Politik und der Verwaltung an ihm geschätzt.

Der dbb hamburg und auch ich persönlich haben einen tollen Menschen und Kollegen verloren, dessen Persönlichkeit und fachlichen Rat wir jetzt in Zukunft schmerzlich vermissen werden. Wir werden aber weiterhin in seinem Sinne tätig sein!“

dbb Bildungsgewerkschaften

Digitalpakt 2.0: Digitalisierung der Schulen noch vor Neuwahlen klären

Seit 2019 hat der Digitalpakt Schule mehr als fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung von Deutschlands Schulen bereitgestellt – etwa für die Ausstattung mit WLAN, Tablets oder Computern und für die Netzwerkadministration. Das Programm ist im Mai dieses Jahres trotz Verankerung im Koalitionsvertrag ohne Anschlussfinanzierung ausgelaufen. Die derzeit noch zur Verfügung stehenden Gelder verfallen Ende des Jahres. Die versprochene Anschlussfinanzierung steht in der aktuellen politischen Situation so auf dem Spiel wie nie zuvor.

Ohne eine dauerhafte Finanzierung werden viele Schulen und Schulträger gezwungen sein, begonnene Digitalisierungsprojekte zu stoppen oder zurückzudrehen. Es fehlt nach wie vor an moderner technischer Ausstattung, digitalen Lehrmitteln und Tools sowie den entsprechenden Fortbildungen und Strategien, um Deutschlands Schulen in die digitale Welt zu holen. Ohne die schnellstmögliche Verankerung des Digitalpakt 2.0 stehen nicht nur die Schulen und Schulträger vor massiven Unsicherheiten, damit steht auch insgesamt die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungssystems auf dem Spiel, warnt ein breites Bündnis aus Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Eltern, Schulträgern, Digitalwirtschaft und Zivilgesellschaft anlässlich der morgen startenden Statuskonferenz zum Digitalpakt Schule.

Die Bundesschülerkonferenz, der Bundeselternrat, der Verband Bildung und Erziehung (VBE), der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Digitalverband Bitkom, der Deutsche Philologenverband (DPhV), der Verband Bildungsmedien und die Initiative D21 fordern die Bundesregierung und Länder auf, eine moderne digitale Bildung zur Priorität zu machen. Die Bundesregierung muss nach dem Bruch der Ampelkoalition noch vor den Neuwahlen den finanziellen Rahmen für einen Digitalpakt 2.0, sowie den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit den Ländern sicherstellen. Dazu braucht es ein breites politisches Bündnis über die Parteigrenzen hinweg. Die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems ist von zentraler Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft; der Digitalpakt 2.0 duldet daher keinen Aufschub bis weit ins neue Jahr.

In der Bevölkerung gibt es eine breite Unterstützung für die Finanzierung von Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen. 91 Prozent fordern, schnelle und stabile Internetverbindungen an Schulen dauerhaft staatlich zu fördern. 85 Prozent wünschen sich eine Förderung von IT-Geräten wie Tablets und Laptops für Schülerinnen und Schüler, 81 Prozent von Wartung,

Verwaltung und Reparatur der Geräte. 67 Prozent wünschen sich eine dauerhafte staatliche Finanzierung von Lehr- bzw. Lernprogrammen, wie zum Beispiel Lern-Apps an Schulen, 51 Prozent die Förderung von Fort- und Weiterbildungsformaten für Lehrkräfte zum Einsatz digitaler Technologien und Tools im Unterricht. Außerdem sind 42 Prozent der Meinung, die Anschaffung von IT-Geräten für Lehrkräfte sollte dauerhaft staatlich gefördert werden, 39 Prozent wünschen sich die Bereitstellung von Sondergeldern zur Erprobung innovativer digitaler Formate im Unterricht. Nur ein Prozent der Deutschen ist der Meinung, es sollten keine Maßnahmen zur Digitalisierung an Schulen staatlich gefördert werden. Das sind Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter 1.005 Personen in Deutschland ab 16 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. Die Hängepartie um den Digitalpakt 2.0 dauert bereits zwei Jahre. Bereits im Oktober 2023 hatte das Bündnis in einer Pressekonferenz vor den Folgen einer fehlenden Anschlussfinanzierung gewarnt und einen gemeinsamen Forderungskatalog vorgestellt. Neben der Fördersumme ist aktuell unter anderem weiterhin unklar, wann die Verhandlungen fortgesetzt werden und welchen Förderrahmen ein Digitalpakt 2.0 einschließen soll. Zuletzt hatte die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger den Bundesländern Ende August ein Angebot über die Fördersumme des Digitalpakt 2.0 gemacht, welches die Länder aufgrund der Anforderung des Bundes, mindestens 50 Prozent zur Gesamtfördersumme beizutragen, kritisierten.

Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Linklitzing erklärte: „Die Hängepartie um den Digitalpakt 2.0 ist unerträglich! Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sind auf funktionierende, moderne Arbeitsmittel angewiesen. Dazu gehört aktuelle Soft- und Hardware, aber auch deren kontinuierliche, professionelle Wartung. Doch wie soll das sichergestellt werden, wenn eine entsprechende Mittel-Planung unmöglich

ist? Auch die Länder werden in der Zwischenzeit mit nötigen Investitionen zurückhaltend sein, wenn sie nicht wissen, ob ihnen dies später auch als ‚frisch‘ investiertes Ländergeld angerechnet werden kann oder nicht!“

Der stellvertretende VBE Bundesvorsitzende sagte: „Wir haben erst am Freitag eine repräsentative Studie vorgestellt, aus der hervorgeht, dass es in zehn Prozent der Schulen in Deutschland keinen einzigen Klassensatz an

digitalen Endgeräten gibt. Im Vergleich zum Vorjahr heißt das, dass es keine Veränderung bei diesem entscheidenden Zukunftsthema gibt. Diese von politisch Verantwortlichen provozierte Stagnation ist in Wahrheit ein Rückschritt, weil wir mit dem Fortschritt in Gesellschaft und Wirtschaft nicht mithalten können. Nichts zeigt so deutlich wie wichtig ein Digitalpakt 2.0 ist – auch, um endlich Planungssicherheit für Schulleitungen zu gewährleisten.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Verlängerung des Gesetzes über Telekommunikationsüberwachung begrüßt

Die DPoIG hat die Verlängerung des Gesetzes über die Telekommunikationsüberwachung bei Wohnungseinbruchsdelikten begrüßt. Ein Auslaufen dieser Möglichkeit hätte zu einer erheblichen Einschränkung der Möglichkeiten im Kampf gegen Wohnungseinbruchskriminalität geführt. Bei Tatverdächtigen müsse die Kommunikation abgehört werden, um beispielsweise die bandenmäßige Begehung nachweisen zu können. Auch die Vorratsdatenspeicherung, die einen Blick in die Kommunikationsvergangenheit erlaube, müsse nun endlich im Gesetz verankert werden, so der DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 14. November 2024.

„Es ist ein gutes Signal staatspolitischer Verantwortung, dass die Union der Verlängerung dieser wichtigen Möglichkeit im Kampf gegen Wohnungseinbruchskriminalität zugestimmt hat. Und es ist zugleich ein Beleg dafür, dass es auch in diesen Zeiten möglich ist, vernünftige Politik zu machen, wenn es der Sache dienlich ist, auch über Parteigrenzen hinweg. Es bleibt zu hoffen, dass eine neue Bundesregierung den Bundestag gar nicht mehr in diese Verlegenheit bringt, sondern die Möglichkeit der Überwachung von Telekommunikation von Tatverdächtigen in Fällen von Wohnungseinbruch und schwerem Bandendiebstahl unbe-

fristet bleibt. Dafür wird eine erneute Abstimmung im Bundestag erforderlich werden“, erklärte Wendt.

Notwendig sei in diesem Zusammenhang auch die gesetzliche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung, um die Strukturen von Banden zu erkennen und Kontakte von Tatverdächtigen auswerten zu können. Wendt: „Die bisherige Regelung, das so genannte ‚Quick-Freeze-Verfahren‘, ist für diese Zwecke schlicht ungeeignet und rein ideologisch bedingt. Wir brauchen praxistaugliche Regelungen und erwarten, dass eine neue Bundesregierung dies rasch auf den Weg bringt.“

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Liebel forderte erneut „Sicherheitsmilliarde“ für den Zoll

Der Digitale Zolltag des BehördenSpiegel am 7. November 2024 stand ganz im Zeichen der wachsenden Herausforderungen für den Zoll als sogenannte erste Verteidigungslinie im Sicherheitsverbund.

Der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel forderte gegenüber der Politik erneut eine eigene „Sicherheitsmilliarde“ für den Zoll. Er appellierte, dass die nächste Legislaturperiode von mehr Investitionen in den Zoll für mehr Personal, Sachmittel und Digitalisierung geprägt sein müsse.

Gerade bei Digitalisierungsvorhaben sei zudem mehr Pragmatismus gefragt. Großprojekte wie Polizei 20/20 hätten gezeigt, dass man zu langsam vorankomme, weil man überdimensioniert und bürokratisch denke. Man müsse nun Schritt für Schritt mit mehr Agilität voranschreiten, statt starr an vermeintlich perfekten Lösungen zu arbeiten.

Mit Blick auf die von dem Ex-Bundesfinanzminister Christian Lindner angekündigte Strategie „Zoll 2030“ sagte Liebel, diese solle Entbürokratisierung beinhalten. Dies dürfe aber keine „bürokratische Entbürokratisierung“ bedeuten, stattdessen solle man lieber die Beschäftigten befragen.

Zudem wiederholte Liebel die Forderung des BDZ, über die Wertigkeit der Planstellen zu sprechen. Die Komplexität der Aufgaben nehme zu, dies müsse sich auch in Stellenausstattung und dem Laufbahnrecht widerspiegeln.

Namen und Nachrichten

Gerade in Extremsituationen ist die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen auf der Feuerwache besonders wichtig, erzählt Valentino Tagliafierro im **dbb**-Podcast DienstTag. Als freigestellter Personalratsvorsitzender kümmert sich Tagliafierro jetzt um die Sorgen und Wünsche seiner Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr Duisburg. Viele Jahre vorher war der 47-Jährige aber selbst im Einsatz, zuletzt in der Rettungsleitstelle. Das tolle am Feuerwehrberuf sei die extrem breite Palette der Tätigkeiten, von der Brandbekämpfung bis zum Rettungsdienst. Man könne bei der Feuerwehr sogar als Taucher oder Kranfahrer arbeiten, erzählt Tagliafierro: „In Duisburg haben wir fünf- bis sechshundert Leute und 80 Prozent unserer Einsätze sind im inzwischen im Rettungsdienst, abseits der Brände, manchmal 230 Einsätze am Tag. Da ist alles dabei, vom

Brand, über die Katze auf dem Baum, bis zum Mann im Rhein.“ Besonders belastend sind die Einsätze, bei denen man es mit verletzten oder toten Menschen zu tun bekommt, vor allem wenn es dabei um Kinder geht. „Diese ganz schlimmen Sachen kann man ja zu Hause nicht erzählen. Da sind die Kolleginnen und Kollegen auf der Wache ein sehr wichtiger Rückhalt.“ Valentino Tagliafierro hat für sich den „besten Beruf der Welt“ gefunden, mit viel familienfreundlicher Flexibilität, Abwechslung und Zusammenhalt. Als Personalrat erzählt er im **dbb** Podcast aber natürlich auch von den Problemen bei der Feuerwehr, bei Bezahlung und Personalausstattung oder mit der rapide zunehmenden Gewaltbereitschaft einiger Kunden, zu deren Rettung man doch eigentlich ausrückt. Den Podcast gibt es unter linktr.ee/dbb.online.

Termine:

5. - 7. Januar 2025

dbb Jahrestagung

Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de

24. Januar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de